



Verein für die Rechte illegalisierter Kinder, Rebgrasse 1, 4058 Basel
kinder@sans-papiers.ch, +41 (0)61 681 96 30
www.keinkindistillegal.ch
PC: 60-132664-2

Medienmitteilung vom 18. November 2009

20 Jahre UN-Kinderrechtstag

Berufsausbildung auch für jugendliche Sans-Papiers

ParlamentarierInnen in 9 Kantonen fordern in behördlichen Vorstössen eine umfassende Umsetzung des Rechts auf Bildung für Jugendliche ohne geregelten Aufenthaltsstatus. Auch junge Sans-Papiers sollen nach der obligatorischen Schulzeit eine Berufsausbildung absolvieren können.

In der Schweiz leben mehrere Tausend Kinder und Jugendliche ohne geregelten Aufenthaltsstatus. Sie haben nicht selber gewählt, ohne Aufenthaltsbewilligung in der Schweiz zu leben. Die Situation dieser Kinder und Jugendlichen ist schwierig; Angst vor Entdeckung und ungewisse Zukunftsperspektiven prägen ihren Alltag.

Die Schweiz hat mit der Unterzeichnung und späteren Ratifizierung der UN-Kinderrechtskonvention das Recht auf Bildung für alle Kinder anerkannt. Seither können auch Kinder ohne Aufenthaltsbewilligung die obligatorische Schule besuchen. Nach Ende der Schulpflicht werden sie dann aber so behandelt, als gäbe es sie nicht mehr. Eine Lehrstelle können sie ohne Aufenthaltsbewilligung nicht antreten. So werden sie zum Nichtstun oder zur Schwarzarbeit unter den prekärsten Bedingungen gezwungen.

Parlamentarierinnen und Parlamentarier in den Kantonen BE, BS, JU, LU, NE, SO, VD, VS, ZH sowie den Städten Bern und Zürich setzen sich für eine Änderung dieses unhaltbaren Zustands ein. Sie haben in den jeweiligen Räten Vorstösse deponiert (oder sind dabei dies zu tun), die die Regierungen dazu auffordern:

- alle weiterführenden Ausbildungsinstitutionen (KV, Fachmittelschulen, Gymnasien, Brückenangebote etc.), die dem Kanton unterstellt sind, für Jugendliche ohne geregelten Aufenthaltsstatus zugänglich zu machen
- zu prüfen, ob kantonale Lösungen umsetzbar sind, die Sans-Papiers den Zugang zu Lehrstellen oder lehrstellenähnlichen Angeboten ermöglichen
- sich in allen wichtigen interkantonalen Gremien (EDK, SBBK, Städtebund etc.) dafür einzusetzen, dass diese Gremien sich beim Bund für obiges Anliegen eintreten
- sich mit einer Standesinitiative dafür einzusetzen, dass auf Bundesebene die gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden, die Jugendlichen ohne geregelten Aufenthalt den Zugang zu einer Berufsausbildung ermöglichen

In weiteren Kantonen und Städten wird die Einreichung ähnlicher Vorstösse diskutiert.

Im Nationalrat sind zwei Motionen zum gleichen Thema hängig: Motion 08.3616 „Jugendlichen ohne gesetzlichen Status eine Berufslehre ermöglichen“ von Luc Barthassat (CVP Genf) und Motion 08.3835 „Legalisierung der Situation von jugendlichen ‚sans-papiers‘ mit Schulausbildung in der Schweiz“ von Christian van Singer (Grüne Waadt).

Die Kampagne „Kein Kind ist illegal.“ fordert die Kantone und den Bund auf, die mit der Ratifizierung der Kinderrechtskonvention eingegangenen Verpflichtungen ernst zu nehmen und Hand zu bieten für gesetzliche Regelungen, welche die Perspektivlosigkeit dieser Jugendlichen beenden. Auch diese Jugendlichen verdienen die Chance auf ein Leben in Würde und ohne Angst.



Verein für die Rechte illegalisierter Kinder, Rebgasse 1, 4058 Basel
kinder@sans-papiers.ch, +41 (0)61 681 96 30
www.keinkindistillegal.ch
PC: 60-132664-2

Ansprechpersonen für die Medienschaffenden:

Pierre-Alain Niklaus

Präsident des Vereins für die Rechte illegalisierter Kinder
Email: basel@sans-papiers.ch
Tel. : 077 422 08 67

Flurina Doppler

Kampagnenkoordinatorin
Email: kinder@sans-papiers.ch
Tel.: 076 319 63 31

Die Kampagne „Kein Kind ist illegal.“ wird getragen vom Verein für die Rechte illegalisierter Kinder, zu dem sich Anlaufstellen für Sans-Papiers von Basel, Bern und Zürich, das Sans-Papiers-Kollektiv Genf, die Gewerkschaften Unia und vpod sowie terre des hommes schweiz, das Hilfswerk der evangelischen Kirchen Schweiz (HEKS) und der Schweizerische Katholische Frauenbund (SKF) zusammengeschlossen haben. Die Kampagne ist nur möglich dank der grosszügigen Unterstützung der Eugen & Elisabeth Schellenberg-Stiftung.